



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol, Eva Lettenbauer, Kerstin Celina, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Florian Siekmann, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand, Benjamin Adjei, Barbara Fuchs, Tessa Ganserer, Christina Haubrich, Claudia Köhler, Andreas Krahl, Stephanie Schuhknecht** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Corona-Pandemie: Schutzräume für wohnungs- und obdachlose Frauen schaffen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Rahmen des Aktionsplans „Hilfe bei Obdachlosigkeit“ sowie über die Stiftung Obdachlosenhilfe Bayern, Kommunen beim Ausbau von dezentralen Unterbringungsangeboten für wohnungs- und obdachlose Frauen im Zusammenhang mit der Corona-Krise finanziell zu unterstützen.

Begründung:

32,3 Prozent der wohnungslos gemeldeten Menschen in Bayern sind Frauen. Die bisher bestehenden und die erweiterten Hilfsangebote in der aktuellen Situation der Corona-Pandemie sind aber überwiegend auf obdachlose Männer ausgerichtet. Obdachlose Frauen brauchen andere Hilfen als Männer. Aktuell erschweren Ausgangsbeschränkungen und die minimalen Aufenthaltsmöglichkeiten im öffentlichen Raum die schon prekäre Situation von obdachlosen Frauen noch mehr. Hinzu kommt, dass bei Frauen das Phänomen der „verdeckten Wohnungslosigkeit“ häufig auftritt. D. h. ihre Obdachlosigkeit ist oft nicht sichtbar, weil sie stattdessen in risikoreiche und gefährliche Alternativen flüchten. Um ein Dach über dem Kopf zu haben, begeben sie sich dann in Abhängigkeitsverhältnisse, werden als Arbeitskraft ausgenutzt oder zu sexuellen Dienstleistungen gezwungen. Um Frauen vor solchen Risiken zu schützen, braucht es ausreichende dezentrale Unterbringungsmöglichkeiten. Die Anmietung von Hotels oder Pensionen und die Verteilung von Hotelgutscheinen ist beispielsweise eine geeignete Maßnahme, um betroffenen Frauen in Zeiten der Pandemie Schutz- und Ruheräume zur Verfügung zu stellen. Deshalb fordern wir eine stärkere Unterstützung der Kommunen beim Ausbau von frauengerechten Unterbringungs- und Unterstützungsangeboten während der Corona-Krise durch die Staatsregierung.